

Diskussionsforum Teilhabe und Prävention

Herausgegeben von:

Dr. Alexander Gagel & Dr. Hans-Martin Schian

in Kooperation mit:

Prof. Dr. Wolfhard Kohte
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Prof. Dr. Ulrich Preis
Institut für Deutsches und
Europäisches Sozialrecht,
Universität zu Köln

PD Dr. Felix Welti
Institut für Sozialrecht und
Sozialpolitik in Europa, Christian-
Albrechts-Universität zu Kiel

Dezember 2006

Forum C

Gutachten und Assessment
– Diskussionsbeitrag Nr. 3/2006 –

Anerkennung psychischer Störungen als Unfallfolge in der gesetzlichen Unfallversicherung

- Anmerkung zu BSG, Urteil vom 9.5.2006 – B 2 U 1/05 R -

von Dr. Alexander Gagel

Das Urteil des BSG, über das wir im Folgenden berichten werden, fällt dadurch auf, dass es geradezu **lehrbuchartig** die Voraussetzungen für die Anerkennung von Unfallfolgen und ihre Berücksichtigung bei der Verletztenrente aufzeigt, sowie die Besonderheiten bei der **Prüfung psychischer Unfallfolgen** hervorhebt.

Als Voraussetzung einer Anerkennung eine Kausalzusammenhangs von psychischen Schädigungen mit dem Unfall werden genannt (Rz. 21ff. des Urteils):

- 1. Es muss eine psychische Störung objektiv festgestellt werden.**
- 2. Diese muss auf der Basis der internationalen Klassifikation ICD 10¹ und DSM-IV² beschrieben werden.**
- 3. Es müssen die in Betracht kommenden Ursachen ermittelt und dargestellt werden.**
- 4. Die schädigenden Ereignisse müssen klar beschrieben werden.**
- 5. Es muss anhand der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse (Lehrbücher, Leitlinien von Fachgesellschaften) aufgezeigt werden, unter welchen Voraussetzungen die Störung auf das Unfallereignis zurückgeführt werden kann.**

Das Urteil enthält zugleich eine umfassende Darstellung der Rechtsprechung zum **Begriff des Arbeitsunfalls** und der im Sozialrecht herrschenden **Kausalitätslehre**, derzufolge es auf die „wesentliche“ Bedingung ankommt.

Dr. Alexander Gagel
Marcus Schian
Dr. Hans-Martin Schian

¹ Zehnte Revision der internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme der WHO 1989, vom Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information ins Deutsche übertragen, herausgegebene und weiterentwickelt.

² Diagnostisches und statistisches Manual psychischer Störungen der Amerikanischen psychiatrischen Vereinigung, 1994, deutsche Bearbeitung herausgegeben von Saß/Wittchen/Zaudig, 3. Aufl. 2001.

Wir möchten Sie auch auf die Sammlung aller bisher erschienenen Diskussionsbeiträge im Internet unter www.iqpr.de aufmerksam machen und Sie herzlich einladen sich an der Diskussion durch eigene Beiträge und Stellungnahmen zu beteiligen.

Das Urteil des BSG vom 9.5.2006 – B 2 U 1/05 R – Ein Lehrstück zum Kausalzusammenhang

I. Der Fall:

Die Beteiligten streiten um die Gewährung von **Verletztenrente aus der gesetzlichen Unfallversicherung**.

Im Zentrum steht dabei die Frage, ob eine **durch wechselnde ärztliche Beurteilungen ausgelöste psychische Störung** (somatoforme Schmerzstörung) **kausal dem Unfallgeschehen zugeordnet** werden kann.

Der Kläger erlitt im Oktober 1997 einen Arbeitsunfall (Absturz vom Gerüst), bei dem er sich eine Distorsion der Halswirbelsäule und eine Prellung der linken Schulter zuzog. Der Direktor der **chirurgischen Universitätsklinik** Leipzig schlug eine **Operation** vor. Der Leiter der Universitäts-**Poliklinik für Neurochirurgie** Leipzig sah indes hierfür **keine Indikation**. Nach weiteren Vorstellungen bei beiden Ärzten wurde im März 1998 ein orthopädisches Gutachten von Dr. T. und ein neurologisches Gutachten von Prof. Dr. M. eingeholt. Beide verneinten fortbestehende Unfallfolgen auf ihren Fachgebieten; Prof. Dr. M. **diagnostizierte aber anhaltende somatoforme Schmerzstörungen und Anpassungsstörungen**. Im Entlassungsbericht eines anschließenden Heilverfahrens wurde eine psychische Störung bestätigt aber **nicht auf den Unfall zurückgeführt**. Der **Leiter der Universitäts-Poliklinik für Neurochirurgie widersprach** aber dieser Folgerung.

Die beklagte Berufsgenossenschaft (BG) lehnte daraufhin weitere Leistungen ab dem 7.7.1998 ab. Die Klage hatte nach Durchführung weiterer Begutachtungen in erster und zweiter Instanz Erfolg. Somatoforme Schmerzstörungen und Fehlverarbeitung wurden als Unfallfolge anerkannt und mit einer MdE von 20 % bewertet. Die **unterschiedlichen ärztlichen Auffassungen** hätten eine starke Verunsicherung des Klägers ausgelöst, **mit der die somatoformen Schmerzstörungen erklärt werden** könnten. Das BSG hat die Sache zur Durchführung weiterer Ermittlungen an das Landessozialgericht (LSG) zurückverwiesen.

II. Die Entscheidung:

Das BSG hat seine Entscheidung auf die oben wiedergegebenen „wesentlichen Aussagen“ gestützt. Darauf wird hier verwiesen.

Im Urteil des LSG vermisst das BSG die genaue **Beschreibung der psychischen Störungen** auf der Basis der internationalen Klassifikation³ sowie die hinreichende **Auswertung wissenschaftlicher Erkenntnisse**. Außerdem fehle es noch an einer ausreichenden Klärung, ob sich ein Zusammenhang zwischen den primären Unfallfolgen und der psychischen Störung feststellen lässt. Das BSG hält aus diesen Gründen eine **weitere Begutachtung** für erforderlich.

³ Vgl. dazu auch Diskussionsbeitrag C 1/2005

Es hat den Fall aber gleichzeitig zum Anlass genommen den Begriff des **Arbeitsunfalls** und die in der Unfallversicherung maßgebliche **Kausalitätstheorie** eingehend zu beschreiben, jeweils **mit umfangreichen Nachweisen**. Wir fügen deshalb das Urteil im **Volltext als Anlage** bei.

1. Aussagen zum Arbeitsunfall (Rz.10-12 des Urteils)

- Das Geschehen muss der versicherten Tätigkeit zuzurechnen sein (**sachlicher Zusammenhang**)
- Es muss sich um ein zeitlich begrenztes auf den Körper einwirkendes Ereignis handeln (**Unfallkausalität**)
- Es muss ein Gesundheitsschaden oder der Tod herbeigeführt worden sein (**Haftungs begründende Kausalität**)

Weitere Voraussetzungen einer Verletztenrente sind

- Länger anhaltende Unfallfolgen (**haftungsausfüllende Kausalität**) und
- Eine MdE von mindestens 20%.

Übertragen auf den vorliegenden Fall waren diese Voraussetzungen in Bezug auf Distorsion und Prellung gegeben; diese sind jedoch abgeklungen. Für die somatoforme Schmerzstörung ist jedoch noch zu begründen, dass sie (mittelbar) auf das Unfallereignis zurückgeführt werden kann und sich länger andauernde Folgen feststellen lassen. Damit rückt die Klärung der „wesentlichen Ursache“ in den Vordergrund.

2. Zur Kausalitätstheorie

- Ausgangsüberlegung ist die naturwissenschaftlich-philosophische Bedingungstheorie, nach der jedes Ereignis, das nicht hinweggedacht werden kann, ohne dass der Erfolg entfiere, als Ursache anzusehen ist (Rz. 13 des Urteils).
- Für die praktische Rechtsanwendung müssen die Ursachen herausgearbeitet werden, die rechtlich für den Erfolg verantwortlich gemacht werden.
- Nach der in der Unfallversicherung geltenden Theorie der wesentlichen Bedingung sind rechtserheblich nur solche Ursachen, die **wegen ihrer besonderen Beziehung zum Erfolg** zu dessen Eintritt wesentlich mitgewirkt haben (Rz. 14).
- Bei mehreren Ursachen kommt es allein darauf an, ob das Unfallereignis wesentlich war.
- Wo die äußere Einwirkung (Unfall) mit einer bereits vorhandenen krankhaften Anlage zu vergleichen ist, ist Kausalität dann nicht gegeben, wenn die Anlage so leicht ansprechbar war, dass auch alltägliche Ereignisse die streitigen Folgen ausgelöst hätten. (Rz. 15)
- Wissenschaftliche Erkenntnisse sind bei der Prüfung heranzuziehen; die Ursachenbeurteilung im Einzelfall hat aber anhand des konkreten individuellen Versicherten unter Berücksichtigung vorher bereits bestehender Krankheiten und Schäden zu erfolgen (Rz. 17-19).
- Für die Feststellung der haftungsbegründenden ebenso wie der haftungsausfüllenden Kausalität **genügt hinreichende Wahrscheinlichkeit**. Sie liegt vor, wenn mehr für als gegen den Ursachenzusammenhang sprechen und ernstliche Zweifel ausscheiden (Rz. 20).

III. Würdigung/Kritik:

Das Urteil hat seine Bedeutung darin, dass es präzise den Weg beschreibt, der beschritten werden muss, damit mittelbare psychische Folgen einem Unfall angelastet werden können. Für den Praktiker hilfreich ist zudem die eingehende Benennung der zu berücksichtigenden medizinischen Literatur.

Ebenso ist das Urteil geradezu ein Nachschlagewerk zur Rechtsprechung des BSG zu den Begriffen „Arbeitsunfall“ und „Wesentliche Bedingung“. Eine solche Zusammenfassung des Standes der Rechtsprechung ist für den Anwender äußerst nützlich.

Ihre Meinung zu diesem Diskussionsbeitrag ist von großem Interesse für uns. Wir freuen uns auf Ihren Beitrag.
